

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
am 11. und 12. Mai 2021
im Bayerischen Landtag in München**



**„Stark aus der Krise – Damit die
bayerische Wirtschaft weiter an der
Spitze bleibt“**

1 Unsere Wirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Viele bayerische
2 Unternehmen und Selbstständige sind durch die anhaltende Corona-Pandemie akut
3 in ihrer Existenz bedroht. Durch die Corona-Pandemie entstehen soziale
4 Ungleichheiten. **Solidarität zwischen Staat, Politik, Gesellschaft und der**
5 **bayerischen Wirtschaft** ist nun gefordert. Hierzu gehört Akzeptanz der
6 Schutzmaßnahmen, Planungssicherheit für Unternehmen und vor allem das
7 zielgerichtete Flankieren der bayerischen Unternehmen.

8 **Hilfsmaßnahmen effektiver abwickeln**

9 Die **Wirtschaftshilfen** des Bundes sind geeignete Maßnahmen, um die betroffenen
10 Unternehmen zu stabilisieren. Seit Juli 2020 konnten in Bayern mehr als 4 Milliarden
11 Euro an betroffene Selbstständige, Unternehmen und weitere Institutionen ausbezahlt
12 werden. Die Antragstellung ist nach wie vor sehr komplex. Bei der Überbrückungshilfe
13 III sind die förderfähigen Maßnahmen in der Praxis, z.B. für bauliche Maßnahmen zur
14 Umsetzung von Hygienekonzepten sowie Digitalisierung, noch nicht abschließend
15 geklärt. Die zeitlich an den Umsatzeinbruch gekoppelte Förderung von
16 Investitionsmaßnahmen kann bei den Unternehmen nicht finanziell verlässlich
17 abgeschätzt werden. Im Interesse der bayerischen Unternehmen muss hier der Bund
18 eine **rasche und verbindliche Klärung** herbeiführen.

19 Damit zukünftig Antragsverfahren, Bewilligungen und Auszahlungen von finanziellen
20 Hilfen schnell, zielgerichtet und unbürokratisch abgewickelt werden können, fordern
21 wir Bund und Staatsregierung auf, **standardisierte Plattformen zu entwickeln**.

22 Für unsere Wirtschaft ist eine ausreichende Liquidität essenziell. Damit Unternehmen
23 nun schnell Eigenkapital generieren können, muss der Bund endlich unserer
24 Forderung nachkommen und die Möglichkeit des steuerlichen Verlustrücktrags –
25 zumindest vorübergehend – auf drei Jahre ausweiten.

26 **Digitale Souveränität und Transformation**

27 Die Corona-Krise hat uns schonungslos die aktuellen Herausforderungen der
28 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung aufgezeigt und zwingt uns zum
29 Umdenken. Damit der Wirtschaftsstandort Bayern langfristig wettbewerbsfähig bleibt,
30 muss vor allem die digitale Transformation in Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und
31 Verwaltung zügig gelingen. Dazu erforderlich ist, dass der Bund zügig die
32 infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere im Mobilfunk und im freien Zugang
33 zu sicheren Breitbandanschlüssen, schafft. Neben der in Bayern
34 ressortübergreifenden Bündelung der staatlichen Kompetenzen für die Digitalisierung
35 müssen diese auch durchgreifend koordiniert und strategisch ausgerichtet werden.

36 Für die Digitalisierung in der Verwaltung von den Ministerien bis zu den Rathäusern
 37 muss der Freistaat interoperable Plattformen und Schnittstellen schaffen. Die
 38 staatlichen und kommunalen Mitarbeiter in allen öffentlichen Bereichen sind in ihren
 39 digitalen Fähigkeiten und Kenntnissen kontinuierlich fortzubilden.

40 Eine stabile und sichere digitale Infrastruktur sowie der Schutz sensibler Daten
 41 gewinnen für Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Der Freistaat
 42 Bayern muss deshalb seine strategische Autonomie in der Digitalisierung aufbauen
 43 und seine souveräne digitale Entscheidungsfähigkeit sichern. Dies setzt die
 44 vollständige Hoheit über die Daten sowie den Zugang zu hochsicheren und
 45 hochverfügbaren Datennetzen und Softwareplattformen voraus.

46 Der Freistaat Bayern forciert Schlüsseltechnologien. Unsere Forschungseinrichtungen
 47 (z.B. TUM, Universität Würzburg) sowie die Industrie (Isar Aerospace, Rocket Factory
 48 Augsburg) arbeiten bereits an von TechGiganten unabhängigen Lösungen für eine
 49 sichere Datenkommunikation über Nano- bzw. Satellitensysteme. Aktuell bestehen
 50 Abhängigkeiten von fremder Technologie und Einflussnahme von großen
 51 Datendiensten. Mit dem Potential der Satellitenkommunikation und dank der Erfolge
 52 der bayerischen Breitbandförderung, die einen zeitlich unbegrenzten offenen
 53 Netzzugang ermöglicht, entstehen gerade auch für die bayerische Wirtschaft, sichere
 54 und zuverlässige Kommunikationsmöglichkeiten. Darüber hinaus kann der Freistaat
 55 auf Basis der geförderten Infrastruktur und in enger Abstimmung mit der bayerischen
 56 Wirtschaft deutliche Mehrwerte für Wirtschaft und Gesellschaft schaffen.

57 Für eine souveräne digitale Wirtschaft und vor allem Gesellschaft müssen neben der
 58 Infrastruktur, zusammen mit strategischen Partnern aus Industrie und Mittelstand,
 59 Schlüsseltechnologien vorgebracht und die Technologieabhängigkeit, gerade im
 60 digitalen Bereich, sukzessive und deutlich reduziert werden. Auch der Staat soll ganz
 61 im Sinne der digitalen Souveränität für seine Zwecke auf heimische Lieferanten
 62 zurückgreifen können.

63 **Standortfaktoren für die Wirtschaft zukunftsfähig machen**

64 Für Fortschritt, Innovation und wirtschaftliches Wachstum am Wirtschaftsstandort
 65 Bayern sind **optimale Standortfaktoren** zwingend erforderlich. Wir fordern deshalb
 66 nach wie vor vom Bund:

- 67 • endlich den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen,
- 68 • die Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von
69 25 % zu senken,
- 70 • günstigere Strompreise,
- 71 • einen Industriestrompreis von weniger als 40 Euro/MWh auf der europäischen
72 Ebene zu vereinbaren,
- 73 • flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle einzuführen und
- 74 • die strukturellen, arbeitsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für
75 das Homeoffice zu klären (flexible, kreative Lösungen sind einer starren
76 gesetzlichen Regulierung vorzuziehen).
- 77 • die Bereitstellung ausreichend breitbandiger Infrastruktur.

78 Auf europäischer Ebene sowie auf Bundes- und Landesebene dürfen zudem keine
 79 weiteren unverhältnismäßigen Belastungen und Sonderauflagen für die Wirtschaft, wie
 80 zusätzliche Dokumentationspflichten oder gesetzliche Verschärfungen, eingeführt

81 werden. Im Gegenteil: Entbürokratisierung muss endlich in allen Lebensbereichen
82 umgesetzt werden.

83 Auch beim vom Bund avisierten Lieferkettengesetz ist darauf zu achten, dass daraus
84 keine neuen Belastungen für unsere Unternehmen entstehen und die Anforderungen
85 zwar angemessen, aber auch ausgewogen und praktikabel sind. Ein
86 Lieferkettengesetz darf kein nationaler Alleingang, sondern muss international
87 verbindlich sein.

88 **Wettbewerbsfähigkeit durch ökologisches Wirtschaften**

89 Klimaschutz ist uns wichtig. Wir verzichten aber bei der Umsetzung der Klimaziele auf
90 Ideologie, Verbote und Bevormundung. Der Wirtschaftsstandort Bayern bleibt nur
91 dann international wettbewerbsfähig, wenn wir unsere bayerischen Unternehmen beim
92 Umbau zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen und sie nicht aus Bayern verdrängen.
93 Unser Ziel ist das ökologische Wirtschaften in einer sozialen Marktwirtschaft.

94 Mit der Hightech Agenda Bayern haben wir schon einen wichtigen Grundstein in
95 Forschung und Entwicklung gelegt. Mit neuen „sauberen“ Technologien (CleanTech)
96 – z. B. im Bereich Wasserstoff, Energiespeicher der Zukunft – oder auch Bioökonomie
97 wollen wir für die bayerische Wirtschaft neue Potentiale in Bayern generieren und
98 damit gleichzeitig den Klimaschutz weltweit voranbringen.

99 Für ökologisches Wirtschaften ist mittelfristig auch eine klimaneutrale
100 Energieversorgung erforderlich. Diese muss aber weiterhin bezahlbar und vor allem
101 versorgungssicher sein. Wir forcieren daher neben dem sinnvollen Ausbau der
102 erneuerbaren Energien auch die Entwicklung intelligenter Netze, innovativer
103 Technologien und synthetischer Kraftstoffe für Mobilität und die Wärmeversorgung.
104 Zum Erreichen der langfristigen Klimaneutralität setzen wir heute auf eine absolute
105 Technologieoffenheit und Brückentechnologien, wie den Einsatz von z. B.
106 Gaskraftwerken, den Einsatz von Wasserstoff (unabhängig von seiner Herstellung und
107 Herkunft).

108 Mit dem **European Green Deal werden aktuell auf der europäischen Ebene die**
109 **Leitplanken für Klimaschutz und Nachhaltigkeit fixiert.** Der European Green Deal
110 kann durchaus eine Chance sein, nimmt gleichzeitig aber direkten Einfluss auf
111 Wirtschaft, alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen und auch auf das private
112 Umfeld eines jeden Einzelnen. Gerade in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld
113 benötigen Unternehmen Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Wir fordern
114 den Bund auf, den European Green Deal im Zusammenwirken mit allen politischen
115 Ebenen und der Wirtschaft in Deutschland genau abzuwägen, bevor finale
116 Entscheidungen diesbezüglich getroffen werden. Die Rahmenbedingungen des
117 European Green Deal müssen auf europäischer Ebene abgestimmt und synchron
118 sein. Für unsere Unternehmen ist ein klarer Planungshorizont essenziell und es darf
119 für sie innerhalb von Europa keine Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen
120 aus anderen europäischen Ländern geben. Unser Ziel muss die Schaffung günstiger
121 Rahmenbedingungen und eine möglichst unbürokratische Umsetzung der Vorgaben
122 sein.

123 **Mit Unternehmensgründungen und Hightech-Start-ups Zukunft sichern**

124 Mit der Hightech Agenda hat Bayern bereits die Weichen auf Zukunft gestellt. Neben
125 der Optimierung der wissenschaftlichen Rahmenbedingungen werden neue
126 Geschäftsfelder, wie z. B. die Künstliche Intelligenz, Quantencomputing oder
127 CleanTech (hierbei insbesondere die bayerische Wasserstoffstrategie), erschlossen
128 und der Mittelstand bei der strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung hin zu den

129 Zukunftsmärkten finanziell unterstützt. Diese Chance muss auch für die Gründung
130 neuer Unternehmen genutzt werden. Bayern ist Gründerland, deswegen fordern wir,
131 den Bund auf, endlich die **steuerlichen und administrativen Rahmenbedingungen**
132 **für Unternehmensgründungen deutlich zu verbessern**. Die Anmeldung eines
133 neuen Unternehmens muss einfach sein und die Gründer müssen sich primär auf die
134 Entwicklung ihrer Idee konzentrieren können. Bürokratie und starre steuerliche Regeln
135 sind für Innovationen kontraproduktiv. Zudem muss die Generierung von „venture
136 capital“ deutlich erleichtert werden. Mit dem Wachstumsfonds und dem neuen Scale
137 up-Fonds von bis zu 250 Mio. Euro hält der Freistaat Bayern schon einen deutlichen
138 Anreiz für Gründer in Bayern bereit. Ziel muss es weiterhin sein, dass Bayern der Ort
139 für Kreative aus der ganzen Welt ist, und Start-ups auch in der zweiten
140 Finanzierungsphase die bestmöglichen Voraussetzungen in Bayern vorfinden. Neben
141 den finanziellen und administrativen Aspekten muss die Staatsregierung die **Start-ups**
142 **in Bayern auch gesellschaftlich flankieren**. Hierzu gehört das öffentliche
143 Highlighten von erfolgreichen Start-ups und natürlich auch die politische
144 Rückendeckung in der Öffentlichkeit.

145 Das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind nach wie vor unsere **mittelständischen**
146 **Unternehmen**. Viele davon sind auch aus dem handwerklichen Bereich. Neben dem
147 Abbau von Bürokratie und der Generierung von Ausbildungs- und Fachkräften ist es
148 essentiell, dass diese Unternehmen im Bereich der Digitalisierung noch bessere
149 Anreize erhalten und zukünftig wettbewerbsfähig bleiben können.